

Berufsständische Ordnung

6. Allmähliche berufsständische Gliederung der einzelnen Berufe: Schreiner, Schmiede und Schlosser, Schuster, Schneider, Feinhandwerker, Maurer, Handel, Eisen-, Gruben- und Lederarbeiter, Buchdrucker, Land- und Weinbauarbeiter, Coiffeure, Privatbeamte, freie Berufe, usw. eventuell mit Unterabteilungen. Beispiel: Die Metzger des Kantons Luxemburg bilden einen Kantonalverband mit Kantonalvorstand, z.B. 5 Mitglieder. Die Metzger des Distrikts Luxemburg bilden einen Distriktsverband mit Distriktsvorstand, z.B. 11 Mitglieder. Die Metzger des Landes bilden den Landesverband mit Vorstand, z.B. 15 Mitglieder.

Ebenso alle anderen Berufe.

Die Berufsverbände eines Kantons bilden den Kantonalberufsrat, in den jeder Berufsstand je nach Mitgliedern Vertreter schickt.

Die Berufsverbände eines Distrikts bilden auf dieselbe Weise den Distriktsberufsrat.

Die Berufsverbände des Landes bilden den Landesberufsrat oder das Wirtschaftsparlament.

7. Aufgaben

Die Berufsverbände behandeln Fragen, die nur innere Berufsangelegenheiten sind, und zwar solche, die nur den Kanton angehen im Kantonalrat, die den Distrikt angehen im Distriktsrat, die das Land angehen, im Landesrat.

Fragen, die alle oder mehrer Berufe angehen, werden im Kantonal-, Distrikts- oder Landesberufsrat behandelt.

Solche Fragen sind:

1. Tarifverträge und -gemeinschaften. (Minimallohn, Gewinnanteil, cf. Rosenstock und Brauer, Kommandite)
2. Arbeitszeit.

3. Lohn- und Arbeitskonflikte. (Schiedsgerichte)
4. Zahl und Bildung des Nachwuchses.
5. Gemeinsamer Ankauf der Rohstoffe und Verkauf der Fertigprodukte.
6. Gemeinsame Reklame.
7. Kontrolle der Warenqualität und -quantität.
8. Kontrolle des Handels und der Geschäfte, z.B. deren Zahl, die Einheitsgeschäfte, die Lizenzen, Regelung der Konkurrenz.
9. Kreditfragen. (cf. Gewerbebank)
10. Gemeinsame große Arbeiten.
11. Gegenseitige Hilfe und Caritas.
12. Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenfürsorge.
13. Sozialversicherung. (Wenn nach Berufsgruppen, Gefahrengrad und Versicherungshöhe differenziert)

Dem Wirtschaftsparlament vorbehalten z.B.: die eigentlichen Wirtschaftsgesetze,

Steuerfragen, besonders indirekte Steuern,
Anleihen,
Zollfragen,
Währungsfragen,
Ein- und Ausfuhr,
Internationale Handelsverträge etc.

Befugnisse:

Die von den einzelnen Verbänden oder Berufsräten aufgestellten und im Einverständnis mit der politischen Autorität genehmigten Reglemente haben obligatorischen Charakter. Die Vorstände haben richterliche Befugnisse und können Strafen erteilen.

In allen Sitzungen hat die politische Vertretung Einspruchsrecht. Zu allen Sitzungen können resp. müssen Fachleute resp. Vertreter anderer interessierter Berufsgruppen herangezogen werden.

Das Wirtschaftsparlament hat direkt gesetzgeberische und richterliche Gewalt. Seine Gesetze müssen von der politischen Kammer ratifiziert werden.

Die Ereignisse (1933-1937)

In Luxemburg

In Europa

1933

- 15.3.
- 23.3.
- 25.3. LW wünscht Hitler Erfolg im Kampf gegen den Bolschewismus.
- 4./6.4
- Mai Gründung der Tageszeitung "Luxemburger Volksblatt" mit nationalistischen Themen
- 5.6 Gründung der Landesgruppe Luxemburg der NSDAP/AO mit Genehmigung von Staatsminister Bech
- 20.7.
- 2.8. Störaktionen der ASSOSS beim internationalen Pax-Romana-Kongreß in Luxemburg; Zwischenfälle bei Nazi-Versammlung in Düdeling
- 27.8.
- 9.11. Staatsminister Bech kündigt Kommunistenverbot, Verschärfung des Pressegesetzes und Vollmachtengesetz auf wirtschaftlichem Gebiet an.
- 11.11. Freiheitskundgebung der Arbeiterpartei (AP) und der freien Gewerkschaften

Österreich: Ausschaltung des Parlaments, Errichtung der Dollfuß-Diktatur
Deutschland: Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, Errichtung der Hitler-Diktatur

Deutschland: Einfuhrverbot für "Escher Tageblatt" und "Volksstimme"

Vatikan: Unterzeichnung des Konkordats mit Deutschland

Deutschland: Saarkundgebung in Niederwald, Gauleiter Gustav Simon fordert Anschluß Luxemburgs

Deutschland: Arbed-Direktor Nickels zum Geschäftsträger Luxemburgs in Berlin ernannt

1934

- 6.2.
- 12.2.
- 18.3. Delegiertentag des Christlichen Gewerkschaftsbundes nimmt Richtlinien zur berufsständischen Ordnung an
- 3.6. Parlamentswahlen: Verluste von Staatsminister Bech im Ostbezirk, Wahl eines ersten kommunistischen Abgeordneten im Süden.
- 17.6. KPL bietet der Arbeiterpartei ein Bündnis an, das von der AP abgelehnt wird
- 2.7. Absetzung der Lehrer Kill und Urbany
- 25.7.
- 27.7.
- 4.9.
- 14.10. Gemeinderatswahlen: in Esch, Sanem und Rümelingen wird je ein Kommunist gewählt
- 3.12. Gründung einer gemeinsamen Lohnkommission von freien und christlichen Gewerkschaften

Frankreich: Sturm der faschistischen Ligen auf das Parlament. Gegenkundgebung der Sozialisten und der Kommunisten

Österreich: Blutige Niederwerfung des Arbeiteraufstandes

Österreich: Ermordung von Dollfuß bei nationalistischem Putschversuch

Frankreich: Abschluß eines Einheitsfrontbündnisses zwischen Sozialisten und Kommunisten

Deutschland: Luxemburger Geschäftsträger Nickels nimmt an Nazi-Parteitag teil

1935

- 3.1. Vorprojekt Nummer 1 des "Ordnungsgesetzes"
- 13.1. Innenminister Dumont lehnt Ernennung eines von KPL-Gemeinderatsmitgliedern unterstützten minoritären Schöffenrats der AP in Esch ab
- Januar
- 18.2. D. Urbany wird in Handschellen aus dem Rümelingen Gemeinderat abgeführt
- 30.3. Abwertung des belgischen Francs um 24% gegenüber dem abgekoppelten luxemburgischen Franc
- 5.4. Staatsrat äußert Bedenken gegen rückwirkende Anwendung des Ordnungsgesetzes
- 6.4. Gründung der antifaschistischen Zeitung "Tribüne" durch F. Clement
- 30.4. Abstimmung des Vollmachtengesetzes
- 2.5. Einreichung des Projektes zum Ordnungsgesetz in der Kammer
- 10.5. Besserungsantrag der Rechtspartei zum Ordnungsgesetz
- 29.5. In den Südgemeinden: Bildung von antifaschis-

Saargebiet: 90% für die Rückkehr an Deutschland

Deutschland: Wiedereinführung der Wehrpflicht

französisch-sowjetischer Freundschaftspakt

- tischen Komitees gegen das Ordnungsgesetz
- Juni
- 3.7. Bildung eines klerikal-liberal-sozialistischen Schöffenrates in Esch mit H. Clement als Bürgermeister
- 11.7. Erste Kontakte zwischen Luxemburg und UdSSR, die zur Herstellung diplomatischer Beziehungen am 26.8. führen
- 1.9. Parteileitung der AP verbietet Teilnahme an antifaschistischen Komitees
- 15.9. Gemeinsame Lohnkonferenz der christlichen und der freien Gewerkschaften
- 10.10.
- 5.11. Gemeinsame Interpellation der Gewerkschaftsführer Rock (RP) und Krier (AP)
- 17.12. Vertagung des Gesetzes über Kollektivverträge

Deutsch-britisches Flottenabkommen

Deutschland: Verkündung der "Nürnberger Gesetze gegen die Juden
Italien: Überfall auf Abessinien

1936

- 3.1
- 12.1. Massenkundgebung der Gewerkschaften auf dem "Knuedler" fordert gesetzliche Anerkennung als Tarifpartner
- 23.1. Schaffung des Nationalen Arbeitsrates zur Schlichtung kollektiver Arbeitskonflikte
- 16.2.
- 7.3.
- 5.6.
- 11.6. KPL-Aufruf: "Frankreich zeigt uns den Weg"
- 12.6. Streik bei Ideal-Leder in Wiltz
- 24.6. Rundschreiben des Bischofs: kein kirchliches Begräbnis mit Gewerkschaftsfahnen
- 10.7. Streikbewegung der Bergarbeiter
- 17.7.
- Juli Gründung des Bergarbeiterverbandes
- 19.8.
- 15.10.
- 25.10.
- 14.11. Einreichung eines neuen Projekts zum Ordnungsgesetz (OG)
- 29.12. Versammlung des Escher Freidenkerbundes: Beginn der Antimaulkorbkampagne

Deutschland: Einfuhrverbot für LW

Spanien: Wahlsieg der Volksfrontparteien
Deutschland: Einmarsch deutscher Truppen in das entmilitarisierte Rheinland
Frankreich: Frankreich Bildung der Volksfrontregierung

Spanien: Aufstand der Generäle Mola und Franco
Beginn des Bürgerkrieges
UdSSR: Beginn der "Moskauer Prozesse"
Belgien: Kündigung des Militärabkommens mit Frankreich
Italien: Bildung der Achse Berlin-Rom

1937

- 9.1. Besserungsantrag der Rad. Lib. zum OG
- 18.2. "Memorandum" der AP gegen Maulkorbgesetz
- 14.3.
- 19.3.
- 27.3. Neues Projekt zum OG
- 13.4. Positives Gutachten des Staatsrates zum OG
- 16.4. Zusammenkunft zwischen Gewerkschaftlern und Staatsminister Bech: Einigung auf Vorschlag eines Referendums
- 23.4. Verabschiedung des Ordnungsgesetzes in der Kammer mit 34 Ja-, 19 Neinstimmen und 1 Enthaltung
- 25.4.
- 6.6. Referendum über Ordnungsgesetz
- 19.6.
- 14.7.- Versammlungen der "Liga zur Verteidigung der Demokratie" plädieren für Volksfront
- 7.8. Kongreß der AP: Versöhnung Krier-Blum
- 8.8.
- 20.10. Resolution des Südbezirks der Rechtspartei gegen Bech
- 5.11. Bildung der Regierung Dupong: Bech bleibt Außenminister. Eintritt der Sozialisten in die Regierung

Vatikan: Enzyklika "Mit brennender Sorge" verurteilt die Ideologie des Nationalsozialismus (Abdruck im LW)
Vatikan: Enzyklika "Divini Redemptoris" gegen atheistischen Kommunismus; (am 23.5. in den Luxemburger Kirchen vorgelesen)

Schweiz: Referendum über Antikommunistengesetz im Kanton Neuenburg (70% Ja)

Frankreich: Rücktritt der Regierung Blum